

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

14.-15. November 2007

MdL Peter Ritter

TOP 19

Chancengleiche Entwicklung für alle Kinder – mit bedarfsgerechten Einkommen für alle Familien Kinderarmut bekämpfen
Drucksache 5/987

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

„Deutscher Wald gehört in deutsche Hände“ -

Sie werden sich fragen, wieso ich mit diesem Zitat aus der neusten NPD-Postille „Der Ordnungsruf“ eine Rede zum Thema Kinderarmut beginne.

Nun, - die Antwort ist einfach:

Weil die Herren der NPD-Fraktion beim Thema „Kinderarmut“ ein dickes Brett aus gutem deutschen Holz vorm Kopf haben.

Der Beweis:

Auf der „Weltnetzseite“ der NPD liest man:

„Die Geschichte lehrt uns hier, dass es eben nicht auf den finanziellen Reichtum eines Volkes, sondern einzig auf die innere naturgemäße Einstellung und Geisteshaltung ankommt. Werden Geist und Verstand verwirrt und über einen längeren Zeitraum negativ sowie auch fremdartig beeinflusst, kann dies zu Auswüchsen führen, die Überleben und Fortbestand eines Volkes bedrohen.“

Der selbsternannte deutscheste aller deutschen Väter, der Abgeordnete

Tino Müller spricht dann im „Ordnungsruf“ von der „Volksgemeinschaft als tragende Säule“ und meint, die Politik der jetzigen Parteienkaste wäre ein Schritt zum „Widernatürlichen“.

Herr Müller, meine Herren von der NPD:

Solche Auffassungen sind realitätsfremd, haben ihre Wurzeln in der deutschen faschistischen Ideologie, bieten nicht einen einzigen wirklichen Ansatzpunkt zur Problemlösung.

Kurzum: Es ist Volksverdummung.

Meine Damen und Herren,
in ihrer Einbringungsrede hat meine Kollegin Irene Müller umfanglich auf die Forderungen des Erwerbslosenparlamentes hingewiesen.

Wer am Erwerbslosenparlament teilgenommen hat, konnte ein Transparent nicht übersehen.
Darauf stand:

Jedes dritte Kind in Mecklenburg-Vorpommern lebt in Armut.

Das ist die Realität. Und nicht nur bei uns im Land.

Und wenn sie mir und meiner Partei DIE LINKE nicht glauben wollen, dann akzeptieren Sie die Erkenntnisse einer - so glaube ich - auch in ihren Parteien anerkannte Institution, der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Und ich darf mich auf den Bericht des Rates der EKD an der 6. Tagung der 10. Synode vom 4.-7. November 2007 beziehen, in welchem es heißt:

(Ich zitiere) „Mehr als 15 Prozent der 15 Millionen Minderjährigen in Deutschland leben in Armut. Sie leben von Leistungen auf oder unter dem Sozialhilfeniveau. Armut zeigt sich dabei in materieller Armut; doch sie hat Konsequenzen weit darüber hinaus. Armut konkretisiert sich in Bildungsarmut, in Beziehungsarmut, in mangelnder Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Unsere im vorigen Jahr veröffentlichte Armutsdenkschrift spricht deshalb von Armut als ‚fehlender Teilhabe‘.“ (Zitat Ende)

Und schon vor einem Jahr hat die Synode festgestellt, dass durch Armut die Chancen zur gerechten Teilhabe drastisch sinken und der soziale Frieden gefährdet wird. Die Synode stellt fest, dass der wirtschaftliche Aufschwung zwar das Ausmaß der Arbeitslosigkeit gemildert hat, aber am Ausmaß der Kinderarmut hat dies nichts geändert. Und auch die Synode vertritt die Auffassung, dass sich seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II die Zahl armer Kinder bis heute verdoppelt hat.

Nötig ist, so meint die Synode, ein verlässliches Instrument zur Darstellung von Kinderarmut in unserer Gesellschaft und (ich zitiere) „nötig sind entschiedene Schritte, um die strukturellen Gründe dieser Armut zu überwinden.“ (Zitat Ende)

Die Synode unterstützt die Forderungen der Nationalen Armutskonferenz vom 16. Oktober nach einer Neubestimmung der Mindestsätze und meint, dass es nötig sei, die Zuwendungen kindgerecht und am tatsächlichen Bedarf auszurichten.

An dieser Stelle will ich denn auch auf den Vorschlag des Mitautors und stärksten Verfechters der Agenda 2010 in der SPD, Bundesarbeitsminister Müntefering, und dessen in Aussicht Stellung eines „150-Euro-Schulstart-Pakets“ eingehen.

Dies wäre ein notwendiger, lange überfälliger, aber auch unzureichender Schritt. Notwendig, weil es diesen unabwiesbaren Mehrbedarf bei der Einschulung gibt.

Lange überfällig, weil dieser nicht durch den Regelsatz abgedeckte unabwiesbare Mehrbedarf von Anfang an bekannt war und inzwischen drei Einschulungsjahrgänge aus Hartz-IV-Familien irgendwie ohne diesen Zuschuss über die Runden kommen mussten.

Und nicht ausreichend, weil wir alle wissen, dass im Regelsatz für Kinder keine Mittel für Bildung vorgesehen und damit auch nicht enthalten sind und die laufenden Kosten des Schulbesuches, einschließlich eintägiger Klassenfahrten, durch den Regelsatz nicht abgedeckt sind.

Übrigens findet sich natürlich auch im Regelsatz für Erwachsene im

Hartz-IV-Bezug kein Cent für Bildung, denn diese Ausgabengruppe wurde komplett gestrichen. Und das ist die Ursache, weswegen auch bei den Kindern für die Schulausbildung kein Cent zu finden ist, denn der Regelsatz für Erwachsene wurde linear auf 60 Prozent für Kinder unter 14 Jahren herunter gebrochen.

Die Synode fordert übrigens: (Ich zitiere) „Kinder brauchen als eigenständige Geschöpfe auch ein eigenes existenzsicherndes Kindergeld, das sie – und uns – davor bewahrt, dass Armut in dieser Gesellschaft erblich wird.“ (Zitat Ende)

Und damit, meine Damen und Herren Abgeordnete, sind wir wieder bei den Forderungen des 10. Erwerbslosenparlamentes aus unserem Bundesland, dem Bundesland, das das kinder- und familienfreundlichste Bundesland überhaupt werden will.

Eine weitere Forderung des Erwerbslosenparlamentes lautete „Kostenfreies Mittagessen an den Schulen des Landes“. Einen entsprechenden Antrag meiner Fraktion vom Januar dieses Jahres haben Sie abgelehnt.

Aber ich verspreche Ihnen: Der Landtag wird sich bald wieder mit dieser Thematik beschäftigen müssen.

Die von uns ins Leben gerufene Volksinitiative wird dazu eine gute Grundlage sein und alle demokratischen Fraktionen sind aufgerufen, sich an der Problemlösung zu beteiligen.

Meine Damen und Herren, es wäre schön und in die Zukunft weisend, wenn Sie heute der EKD, dem Erwerbslosenparlament und den Kindern und Familien im Land sagen würden: Ja, wir haben euch verstanden. Wir setzen uns dafür ein, dass es euch und damit diesem Land bald besser geht, damit ihr und dieses Land eine lebenswerte Zukunft haben. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu.